

6. Bericht der Bildungsministerin über den Stand der Überprüfung der SCHLAU-Workshops der Vereine „Haki e.V.“ und „lambda::nord e.V.“

Berichts Antrag der Fraktion der AfD
[Umdruck 19/604](#)

Bildungsministerin Prien berichtet kurz, man habe angekündigt, die rechtlichen Grundlagen für die Veranstaltung der SCHLAU-Workshops an den Schulen bis Ende des ersten Quartals 2018 zu prüfen.

Auf Fragen von Abg. Dr. Brodehl antwortet sie, sie habe mit Amtsübernahme den Eindruck erhalten, dass es keine hinreichende rechtliche Klarheit zu der Frage gebe, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Gesamtzusammenhang die betreffenden Workshops durchgeführt werden könnten. Bei manchen Schulleitern, Lehrern und Eltern habe es ein Bedürfnis gegeben, dies rechtlich zu klären. Die Prüfung bezwecke eine Klärung im Sinne der Durchführung der Veranstaltungen. Daraus dass die konkrete Konstellation, in der die Workshops durchgeführt würden (Alter der teilnehmenden Kinder, Freiwilligkeit der Teilnahme, Veranstaltung außer- oder innerhalb des Unterrichts, Anwesenheit einer Lehrkraft, Einbettung ins Unterrichtsgeschehen), als Sachverhalt aufgenommen werde, ergebe sich die lange Dauer des Prozesses. Es werde dazu eine Fragebogenaktion an den Schulen durchgeführt, an die sich gegebenenfalls zusätzlich Interviews anschließen. Diejenigen, die die Prüfung durchführten, nähmen nicht an jedem einzelnen SCHLAU-Workshop teil. Sie sehe keine Veranlassung, weitere Angaben über die heute gemachten hinaus in schriftlicher Form vorzulegen. Im Anschluss an die Sachverhaltsermittlung werde man dem Bildungsausschuss gern berichten.

Abg. Dr. Brodehl begründet auf Nachfrage von Abg. Vogel das laut AfD-Antrag „erhöhte öffentliche Interesse am Ergebnis der Überprüfung der SCHLAU-Workshops“ mit den Kleinen Anfragen, die gestellt worden seien, und mit Frau Priens Aussage, das Interesse von Eltern und Lehrern sei Anlass der Überprüfung gewesen.

Auf Abg. Vogels Bitte um Erläuterung der auf den Aktionsplan gegen Homophobie bezogenen Darstellung der AfD, dass dieser verfassungswidrig sei, antwortet Abg. Dr. Brodehl, ein Rechtsgutachten von Professor Dr. Winterhoff aus Hamburg vom September 2016 habe ergeben, dass die SCHLAU-Workshops nicht im Einklang mit dem Schulgesetz stünden, wenn

sie Akzeptanz statt Toleranz sexueller Vielfalt vermitteln. - Die Aussage stößt auf Unverständnis bei Abg. Habersaat und weiteren Abgeordneten.

Bildungsministerin Prien weist darauf hin, dass nicht jede einzelne Rechtsauffassung, die möglicherweise von einer interessierten Organisation eingeholt werde, für die Landesregierung einen Grund für Prüfungen darstelle. Die Schulaufsicht müsse Schulleiter darin unterstützen, rechtlich komplexe Sachverhalte zu beurteilen. Die Kommunikation mit der Schulaufsicht finde nicht öffentlich statt.

Abg. Andresen bekräftigt, es gehe hier um rechtliche Sicherheit für die Betroffenen und um die politische Unterstützung eines wichtigen Projekts, das man auch in den Haushaltsanträgen bedacht habe. Er wirft Abg. Dr. Brodehl „Stimmungsmache für eine politische Ideologie und eine menschenverachtende Grundhaltung“ vor. Im Zusammenhang mit ähnlichen Kampagnen in anderen Bundesländern habe sich schon die Unsinnigkeit jenes Rechtsgutachtens erwiesen.

Abg. Dr. Brodehl beklagt, dass man ihm Aussagen in den Mund lege. Er habe im Zusammenhang mit dem Aktionsplan nicht geäußert, der Plan mache keinen Sinn, da es Homophobie nicht gebe.

Abg. Andresen stellt die rhetorische Frage, warum in den Änderungsanträgen der AfD zum Landeshaushaltsentwurf 2018 alle Titel im Bereich sexuelle Vielfalt zur Streichung vorgesehen seien. Offenbar gehe es der AfD nicht nur um Rechtssicherheit, sondern sie habe hier ein inhaltliches Problem.

Der Ausschuss nimmt den Sachstandsbericht der Bildungsministerin zur Kenntnis.



N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

19. Wahlperiode - 10. Sitzung

am Donnerstag, dem 8. Februar 2018, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Peer Knöfler (CDU)

Vorsitzender

Tim Brockmann (CDU)

Tobias Loose (CDU)

Anette Röttger (CDU)

Dr. Heiner Dunckel (SPD)

Martin Habersaat (SPD)

Kai Vogel (SPD)

Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anita Klahn (FDP)

Dr. Frank Brodehl (AfD)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Weitere Abgeordnete

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Marlies Fritzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht des Stiftungsrates für 2016 nach § 6 Absatz 4 des Gesetzes über die Errichtung der „Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf“	4
Bericht der Landesregierung Drucksache 19/334	
2. Bericht des Stiftungsrates für 2016 nach § 7 Absatz 6 des Gesetzes über die Errichtung der „Stiftung Schloss Eutin“	5
Bericht der Landesregierung Drucksache 19/333	
3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Errichtungsgesetzes der Stiftung „Institut für Weltwirtschaft“ und des Errichtungsgesetzes der Stiftung „Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften - Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft -“	6
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/428	
4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bibliotheksgesetzes	7
Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/403	
5. Inklusion an Schulen	8
Bericht des Landesrechnungshofs § 99 LHO vom 24. Oktober 2017 Berichts Antrag der Fraktion der SPD Umdruck 19/380 Stellungnahme des Bildungsministeriums Umdruck 19/597	
6. Bericht der Bildungsministerin über den Stand der Überprüfung der SCHLAU-Workshops der Vereine „Haki e.V.“ und „lambda::nord e.V.“	11
Berichts Antrag der Fraktion der AfD Umdruck 19/604	
7. Verschiedenes	13
8. Gespräch zum Thema Nachhilfe im Rahmen des Dialogs zum Thema Schulkosten	14
9. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage	17
Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/11 Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 19/38 Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW Umdruck 19/483	